

Verstehen statt verhärten - Anerkennende Kommunikation zur Energiewende



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Technische Hochschule
Ingolstadt



Brandenburgische
Technische Universität
Cottbus - Senftenberg

zebralog



Impressum

Das Projekt BigTrans hat das Ziel, neue Wege für eine gelingende Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Großprojekten für erneuerbare Energien zu finden – zwischen Kommunen, Unternehmen und den Menschen vor Ort. Unsere Ergebnisse stehen in Form eines Energiewendenavigators unter www.unendlich-viel-energie.de/projekte/bigtrans zur Verfügung. Dieser besteht aus Übersichten, Szenarien und Leitfäden. Sie unterstützen Kommunen, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Gruppen dabei, gemeinsam Projekte der lokalen Energiewende zu entwickeln.

BigTrans steht für: Bedürfnisorientierte Integrierte Gesamtlösungen bei der Installation von EE-Großanlagen für eine gesellschaftlich gestaltete Transformation.

Projektlaufzeit

April 2023 bis September 2026

Team

Brandenburgische Technische Universität Cottbus – Senftenberg, Forschungs- und Transferzentrum Nachhaltigkeit Neuburg (ForTraNN) der Technischen Hochschule Ingolstadt, ZebraLog GmbH

Bildnachweise

S. 1 - Freepik | S. 2 - Skalgubbar | S. 6 - Pexels |
S. 11 - Unsplash | S. 19 - Skalgubbar |
S. 1/4/5/7/8/9/10/12/13/14/15/16/17/18 - Adobe Stock

Gefördert durch

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
(BMWE) Förderkennzeichen: 03EI5244A

Weitere Informationen zum Projekt

www.bigtrans.org
www.unendlich-viel-energie.de/projekte/bigtrans

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Interessierte,

schön, dass Sie nach Möglichkeiten suchen, die Kommunikation in der Auseinandersetzung um Energiewendeinfrastrukturen sachorientiert und wertschätzend zu gestalten. Auf den folgenden Seiten möchten wir Ihnen Wege aufzeigen, wie sich Widerstände beim Ausbau erneuerbarer Energien konstruktiv moderieren lassen. Unser Ansatz setzt auf Empathie und Wertschätzung: Wir gehen davon aus, dass auch konträren Positionen oft positive Werte zugrunde liegen. Finden wir diese gemeinsamen Nenner, verändert das die Dynamik des Gesprächs grundlegend.

Für einige häufig geäußerte Argumente gegen den Ausbau von Energiewendeinfrastrukturen analysieren wir die zugrunde liegenden Werte und stellen Ihnen eine verlässliche Faktenbasis sowie mögliche wertschätzende Reaktionen bereit. Dies schafft ein gemeinsames Fundament für sachorientierte Entscheidungen, auf die sich alle Beteiligten verständigen können.

Die hier vorgestellten Ansätze basieren auf den Ergebnissen des dreijährigen Forschungsprojekts BigTrans (Bedürfnisorientierte Integrierte Gesamtlösungen bei der Installation von EE-Großanlagen für eine gesellschaftlich gestaltete Transformation) der Technischen Hochschule Ingolstadt und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Im Rahmen dieses Projekts haben wir den Ausbau von Großprojekten der erneuerbaren Energien mit vielfältigen quantitativen und qualitativen Methoden der Sozialforschung wissenschaftlich begleitet.

Wir hoffen, dass Ihnen diese Impulse in Ihrer täglichen Arbeit helfen, und wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen.



„Im Prinzip werden wir hier gerade für die Großstädte ausgenutzt. Eigentlich sollten auf diesen Flächen Nahrungsmittel angebaut werden. Die Weltbevölkerung wächst - woher soll in zehn oder zwanzig Jahren eigentlich unsere Ernährung kommen?“

Fakten

- **Ernährung & Fläche:** Global werden ausreichend Kalorien produziert. Hunger ist laut FAO primär ein Zugangs-, Armuts- und Verteilungsproblem, kein Flächenmangel.
- **Zukunft & Klima:** Der IPCC zeigt: Klimawandel erhöht Ernährungsrisiken (Dürre/Extremwetter/Ernteauffälle). Emissionsminderung schützt langfristig Ernährungssicherheit.
- **Stadt-Land:** Freiflächen-PV beansprucht im Verhältnis zur Landwirtschaft nur einen sehr kleinen Flächenanteil; zugleich entstehen vor Ort Einnahmen und Wertschöpfung (u. a. EEG §6, Gewerbesteuer).

Werte

- **Ernährungssicherheit:** Die Versorgung mit essenziellen Gütern muss langfristig gewährleistet werden.
- **Verantwortung für kommende Generationen:** Entscheidungen berücksichtigen die langfristigen Folgen.
- **Stadt-Land-Gerechtigkeit:** Die Einordnung von Energieprojekten erfolgt im Kontext eines gemeinsamen Systems, in dem Nutzen und Belastungen zwischen Regionen verteilt sind.

Quellen: FAO SOFI; IPCC (u. a. SRCCL/WG-Berichte); EEG §6; Gewerbesteuer-Zerlegung seit 2021

Versorgungssicherheit Kommunikationshilfe

Die Sorge um die Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung ist berechtigt - sie führt jedoch häufig zu falschen Schlüssen. Nach Analysen der FAO ist Hunger heute kein Mengenproblem, sondern vor allem ein Zugangs- und Verteilungsproblem: Global wird genug produziert, jedoch fehlt vielen Menschen der Zugang zu bezahlbarer, nährstoffreicher Nahrung. Andere nehmen zu viele Kalorien auf. Photovoltaik-Freiflächen verändern diese globale Lage nicht messbar.

Gleichzeitig zeigt der Weltklimarat (IPCC) klar: Der Klimawandel verschärft Ernährungsrisiken massiv - durch Dürren, Extremwetter und Ernteauffälle. Wer heute den Ausbau erneuerbarer Energien blockiert, erhöht langfristig genau jene Risiken, vor denen er warnt. Verantwortung für kommende Generationen heißt deshalb, Emissionen jetzt zu senken, um Ernährung überhaupt dauerhaft möglich zu machen.

Auch das Gefühl einer Benachteiligung des ländlichen Raums verdient ernst genommen zu werden. Faktisch ist der Flächenanteil von PV-Anlagen gering - ihr Nutzen bleibt jedoch vor Ort: durch Gewerbesteuer, Beteiligungsmodelle und zusätzliche Einnahmen nach EEG §6. Städte profitieren vom Strom, Gemeinden vom Standort. Das ist keine Einbahnstraße, sondern ein Ausgleich.

Kurz gesagt:

Es geht nicht um „Strom oder Brot“, Stadt oder Land. Es geht um Versorgungssicherheit insgesamt - fair verteilt, generationengerecht gedacht und auf wissenschaftlicher Grundlage entschieden.



„Im Grunde wird einem ein ‚Friss oder stirb‘ vorgegeben: Wenn man nicht mitmacht, dann geht die Welt unter. Diese Weltuntergangsstimmung wird ständig über Medien transportiert. Ich finde das problematisch, weil viele Menschen das Gefühl haben, permanent Angst haben zu müssen.“



Fakten

- **Sachlichkeit:** Der Zusammenhang zwischen Treibhausgasen und Erderwärmung ist wissenschaftlich gesichert (IPCC) – keine Meinung, sondern Physik.
- **Gemeinsames Handeln zählt:** Klimaschutz ist keine Frage „perfekter Einzelner“: Entscheidend sind Infrastruktur und Regeln (Energie, Wärme, Verkehr), nicht nur individuelles Verhalten.
- **Verhältnismäßigkeit:** Erneuerbare Energien senken Emissionen wirksam, ohne den Alltag der meisten Menschen grundlegend einzuschränken.

Werte

- **Wahrhaftigkeit:** Klimawandel wird auf Basis gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse eingeordnet.
- **Selbstbestimmung:** Faktenbasierte Entscheidungen im Rahmen der eigenen Möglichkeiten treffen.
- **Augenmaß:** Maßnahmen werden nach Wirkung und Eingriffsintensität bewertet.

Quellen: IPCC 2022/2023;
Umweltbundesamt; BMWE/BMWK

Sachlichkeit Kommunikationshilfe

Die Kritik an „Weltuntergangsstimmung“ trifft einen wichtigen Punkt: Politik sollte nicht mit Angst arbeiten. Gleichzeitig sollte sie wissenschaftliche Erkenntnisse nicht relativieren. Der Zusammenhang zwischen Treibhausgasen und globaler Erwärmung ist physikalisch eindeutig belegt (IPCC). Die Atmosphäre reagiert nicht auf Schlagzeilen – sondern auf Emissionen.

Richtig ist auch: Das einzelne Individuum kann das Weltklima nicht „allein“ retten. Wer Klimaschutz ausschließlich als moralische Pflicht des Einzelnen darstellt, schafft Probleme anstatt sie zu lösen. Genau deshalb geht es beim Ausbau erneuerbarer Energien um Infrastruktur und nicht um Bevormundung. Eine Photovoltaikanlage verändert das Energiesystem, ohne den Alltag der meisten Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich umzubauen. Sie ist eine der effektivsten Maßnahmen mit vergleichsweise geringer Eingriffsintensität.

Zur Verhältnismäßigkeit gehört zudem: Deutschland stellt rund 1 Prozent der Weltbevölkerung, verursacht aber knapp 2 Prozent der globalen CO₂-Emissionen. Das ist weder ein Grund für Panik noch für Gleichgültigkeit – sondern ein sachlicher Auftrag, den eigenen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Kurz gesagt:

Klimapolitik ist kein Kulturkampf und keine Glaubensfrage. Sie ist angewandte Physik. Wer sachlich bleibt, reduziert weder die Sorgen der Menschen noch dramatisiert er sie – sondern schafft die Grundlage für nüchterne, demokratische Entscheidungen.





„Kein Landwirt oder Gemeindevertreter würde die Erneuerbaren unterstützen, wenn sie nicht das viele Geld der Industrie vor Augen hätten. Was wir wollen, fragt dabei niemand – und die Medien repräsentieren auch nicht die Anliegen des Volkes.“

Fakten

- **Integrität:** Landwirtschaft ist seit jeher wirtschaftlich organisiert. Investitionen und Erlöse sind Normalität – auch bei Milch, Getreide oder Fleisch.
- **Teilhabe:** Planungsverfahren schreiben öffentliche Auslegung, Beteiligung und Einspruchsmöglichkeiten gesetzlich vor (BauGB).
- **Evidenz:** Befragungen zeigen, dass viele Landwirtinnen und Landwirte erneuerbare Projekte grundsätzlich befürworten – aus Gründen der Stabilität, Hofnachfolge und regionaler Perspektive, nicht nur aus finanziellem Interesse.

Werte

- **Integrität und Gemeinwohlorientierung** statt Käuflichkeit
- **Demokratische Selbstwirksamkeit** statt Ohnmachtsgefühl
- **Sachlichkeit und Realismus** statt pauschaler Zuschreibungen

Quellen: BauGB; Studien zu Agri-PV-Bereitschaft; Akzeptanzumfragen

Teilhabe Kommunikationshilfe

Der Vorwurf, Entscheidungen würden ausschließlich aus Kapitalinteresse getroffen, greift zu kurz. Landwirtschaft ist immer auch Wirtschaft. Landwirte verkaufen Milch, Getreide oder Fleisch – nicht aus Gier, sondern um ihre Höfe zu sichern und an die nächste Generation zu übergeben. Warum sollte ausgerechnet bei erneuerbarer Energie gelten, was sonst nirgends gilt: dass wirtschaftliche Vernunft automatisch moralisch fragwürdig sei?

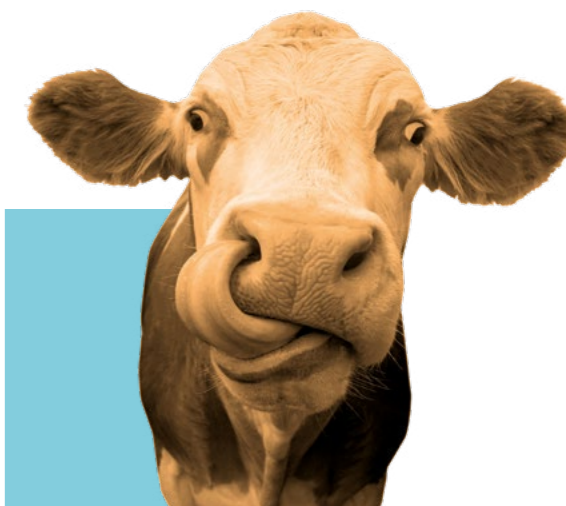
Zudem findet Planung nicht im Hinterzimmer statt. Bauleitverfahren schreiben Beteiligung, Auslegung und Einspruchsmöglichkeiten verbindlich vor. Wer sich einbringen möchte, kann das tun – demokratisch, transparent und rechtsstaatlich abgesichert. Gemeindevertretungen sind gewählt und rechenschaftspflichtig. Entscheidungen mögen umstritten sein, sie sind aber kein Beleg für Systemversagen.

Auch die Behauptung, „kein Landwirt“ unterstütze erneuerbare Energien aus Überzeugung, hält einer sachlichen Prüfung nicht stand. Studien zeigen, dass viele Betriebe erneuerbare Projekte grundsätzlich positiv sehen – aus Gründen ökonomischer Stabilität, aus Verantwortung für die Hofnachfolge, Klimaschutz, Energiesouveränität oder aus regionaler Entwicklungsperspektive.

In einer pluralistischen Gesellschaft sind Interessenkonflikte normal. Nicht jede Investition ist Korruption, nicht jede Zustimmung ist Käuflichkeit. Wer alle Motive auf „Geldgier“ reduziert, vereinfacht Realität.

Kurz gesagt:

Erneuerbare Projekte entstehen nicht gegen die Demokratie – sondern innerhalb ihrer Regeln. Und genau dort gehören sie auch diskutiert.





„Wenn man auf dem Land lebt, erlebt man die Jahreszeiten noch unmittelbar. Man riecht die Erde, man fühlt das Tempo der Natur. Und wenn man sich nun vorstellt: Da steht plötzlich so ein technisches Ding ...“

Fakten

- **Lebensqualität:** Klimawandel verändert bereits Landschaften, Wasserverfügbarkeit und Erntezyklen (IPCC).
- **Regionale Entwicklung:** Ländliche Räume haben sich historisch immer durch technische Innovation weiterentwickelt - vom Pflug bis zum Mähdrescher.
- **Gestaltungsspielraum:** Kommunen können Standort, Einbettung, Begrünung und Beteiligungsmodelle aktiv mitgestalten (Bauleitplanung).

Quellen: IPCC; BauGB

Werte

- **Schutz der Lebensqualität** statt Verlust vertrauter Eindrücke
- **Bewahrung durch Weiterentwicklung** statt Stillstand
- **Selbstbestimmung der Region** statt Fremdsteuerung

Heimat Kommunikationshilfe

Eine emotionale Bindung an Landschaft ist kein Argument gegen Veränderung - sie ist ein Ausdruck von Verbundenheit. Wer die Erde riecht und die Jahreszeiten bewusst erlebt, will bewahren, was ihm vertraut ist. Genau dort setzt Klimaschutz an: Er soll verhindern, dass Dürren, Starkregen oder verschobene Vegetationszeiten vertraute Landschaften langfristig verändern.

Was heute als „technisches Ding“ erscheint, steht in einer langen Reihe früherer Veränderungen. Auch Traktoren, Stromleitungen oder Windmühlen galten einst als Eingriffe in gewachsene Landschaftsbilder. Heute gehören sie selbstverständlich zur ländlichen Identität. Das Leben in unserer Kulturlandschaft war nie Stillstand - sie war immer Anpassung, Weiterentwicklung und Innovation.

Entscheidend ist daher nicht die Frage „Technik - ja oder nein?“, sondern „Wie gestalten wir sie gemeinsam und demokratisch?“. Kommunen haben Einfluss auf Standortwahl, Eingrünung, Abstände und Beteiligungsmodelle. Technik muss sich dem Ort anpassen - nicht umgekehrt. Wenn Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden, wird aus einem Fremdkörper ein gestaltetes Element regionaler Entwicklung.

Kurz gesagt:

Wer Heimat schützen will, muss sie weiterentwickeln. Nicht jede Veränderung ist ein Verlust - manches ist Voraussetzung dafür, dass das Vertraute bleibt.



„Wenn Akteure das ganze Dorf mitnehmen, lokale Projekte unterstützen und zum Beispiel den Fußballverein fördern, entsteht eine ganz andere Akzeptanz, als wenn jemand anonym etwas nach dem Prinzip ‚friss oder stirb‘ durchsetzt.“



Fakten

- **Teilhabe:** Das BauGB verpflichtet zu frühzeitiger Information, Auslegung und Stellungnahme in Planungs- und Genehmigungsverfahren. Kommunen können freiwillig Beteiligung initiieren.
- **Finanzieller Nutzen:** Nach § 6 EEG dürfen Betreiber Gemeinden bis zu 0,2 Cent pro eingespeister kWh anbieten – jährlich spürbare Mittel für die Gemeindekasse.
- **Regionale Wertschöpfung:** Seit 2021 wird die Gewerbesteuer bei Wind- und PV-Anlagen so zerlegt, dass Standortkommunen deutlich stärker profitieren (i. d. R. 90 % nach installierter Leistung).

Werte

- **Demokratische Mitbestimmung** statt Überrumpelung
- **Gerechtigkeit und Fairness** im Umgang mit regionalen Belastungen
- **Gemeinschaft und Zusammenhalt** statt anonymer Fremdsteuerung

Quellen: EEG §6; BauGB; Neuregelung Gewerbesteuerzerlegung seit 2021

Akzeptanz Kommunikationshilfe

Akzeptanz entsteht dort, wo Menschen sich ernst genommen fühlen. Niemand möchte das Gefühl haben, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden oder nur jemand zu sein, der abgeholt und mitgenommen werden soll. Genau deshalb verpflichtet das BauGB in Planungs- und Genehmigungsverfahren zu frühzeitigen Information und Auslegung der Pläne sowie der Möglichkeit zu Stellungnahmen. Zusätzlich können Kommunen freiwillige Beteiligungsverfahren initiieren, die betroffene Zielgruppen zielgerichtet ansprechen.

Gleichzeitig ist es legitim, dass Projekte einen sichtbaren Mehrwert für die Gemeinde schaffen. Gerade wenn Flächen bereitgestellt werden und sich das Landschaftsbild verändert, sollte ein Teil der Wertschöpfung vor Ort bleiben. Das Instrumentarium dafür existiert: Zahlungen nach § 6 EEG, Gewerbesteuerentnahmen am Standort sowie Beteiligungsmodelle, bei denen Bürgerinnen und Bürger selbst Miteigentümer werden können.

Wichtig ist die Haltung: Es geht nicht um „Akzeptanz kaufen“, sondern um gerechte Teilhabe. Landwirtschaft, Handwerk oder Gewerbe schaffen ebenfalls Wertschöpfung und tragen zum Gemeinwesen bei. Warum sollte das bei erneuerbarer Energie anders sein?

Transparenz schafft Vertrauen. Wenn klar kommuniziert wird, welche Einnahmen entstehen und wofür sie verwendet werden – etwa für Kita, Sporthalle oder Dorffest – wird aus einem abstrakten Energieprojekt ein konkreter Nutzen für die Gemeinschaft.

Kurz gesagt:

Nicht allein Sponsoring entscheidet über Legitimität, sondern Beteiligung, Transparenz und faire Verteilung. Wo das zusammenkommt, entsteht Akzeptanz nicht durch Druck – sondern durch Mitgestaltung.





„In Berlin gehen Menschen auf die Barrikaden, wenn Windkraft angesprochen wird – aber der Strom wird hier produziert und nicht hier verbraucht. Das ist irgendwie ungerecht.“

Fakten

- **Energieverbund:** Strom wird im Verbundnetz verteilt – Erzeugung und Verbrauch sind räumlich entkoppelt. Das gilt für Stadt und Land.
- **Größenordnung:** Berlin hatte 2024 einen Jahresstromverbrauch von 12,3 TWh; einzelne Solar- oder Windparks decken jeweils nur einen kleinen Anteil davon ab.
- **Ausgleich:** Standortgemeinden profitieren u. a. über Gewerbesteuer, §6 EEG-Zahlungen und regionale Wertschöpfung.

Quellen: Stromnetz Berlin „Zahlen, Daten, Fakten“; EEG §6; Neuregelung Gewerbesteuererlegung

Werte

- **Anerkennung** der Leistung ländlicher Räume
- **Solidarität** in einer arbeitsteiligen Gesellschaft
- **Konsequenz und Fairness** in der Lastenverteilung

Gerechtigkeit Kommunikationshilfe

Das Gefühl von Ungerechtigkeit entsteht häufig dort, wo Leistung selbstverständlich wirkt. Ländliche Räume übernehmen seit jeher infrastrukturelle Aufgaben: Sie produzieren Nahrungsmittel, stellen Flächen für Verkehrswege bereit – und zunehmend auch Energie. Dass Strom nicht dort verbraucht wird, wo er entsteht, ist kein Sonderfall erneuerbarer Energien, sondern Grundprinzip unseres Stromsystems.

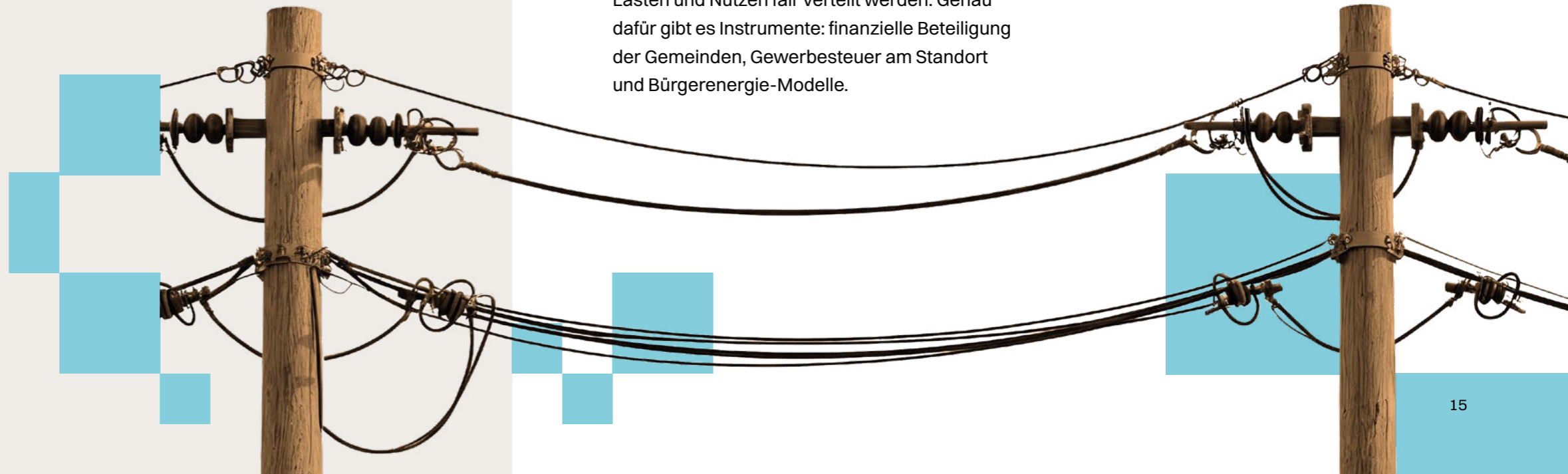
Großstädte können ihren Bedarf physisch kaum innerhalb der eigenen Grenzen decken – ebenso wie ländliche Regionen ohne urbane Wirtschaftskraft, Industrie und Dienstleistungen nicht auskämen. Stadt und Land sind keine Gegenspieler, sondern funktional aufeinander angewiesen.

Gerechtigkeit bedeutet nicht, dass jede Kilowattstunde dort verbraucht wird, wo sie erzeugt wird. Gerechtigkeit bedeutet, dass Lasten und Nutzen fair verteilt werden. Genau dafür gibt es Instrumente: finanzielle Beteiligung der Gemeinden, Gewerbesteuer am Standort und Bürgerenergie-Modelle.

Kurz gesagt:

Wir sorgen gemeinsam dafür, dass genügend sauberer Strom produziert wird – dort, wo es technisch sinnvoll ist.

Anerkennung heißt: Diese Leistung wird sichtbar und materiell gewürdigt. Nicht „die da oben gegen uns hier unten“ – sondern ein Energiesystem, das nur funktioniert, wenn alle ihren Beitrag leisten.



„Wenn man beispielsweise in eine Genossenschaft einzahlt, erhält man dadurch günstigen Strom. Das ist durchaus sinnvoll.“



Fakten

- **Bürgerenergie in Zahlen:**
Laut DGRV/BMWE gibt es (Stand 2025) rund 1.000 Energiegenossenschaften mit etwa 220.000 Mitgliedern.
- **Investitionen & Beitrag:**
Diese Genossenschaften haben rund 3,6 Mrd. Euro investiert und erzeugen etwa 8 TWh Strom aus Wind und Sonne pro Jahr.
- **Mitbestimmung:**
Genossenschaften funktionieren nach „ein Mitglied – eine Stimme“, unabhängig von der Kapitalhöhe.

Quellen: DGRV-Jahresumfrage 2025;
BMWE/„Energiewechsel“

Werte

- **Selbstwirksamkeit**
statt Ohnmacht
- **Solidarität**
statt anonymer Kapitalrendite
- **Regionale Identität und Unabhängigkeit**

Gemeinschaft Kommunikationshilfe

Genossenschaften sind ein bewährtes Wirtschaftsmodell – gerade im ländlichen Raum. Das Prinzip ist einfach: Viele beteiligen sich, tragen gemeinsam das Risiko und profitieren gemeinsam vom Ertrag. Es geht nicht darum, dass Einzelne „absahnen“, sondern dass Wertschöpfung vor Ort bleibt.

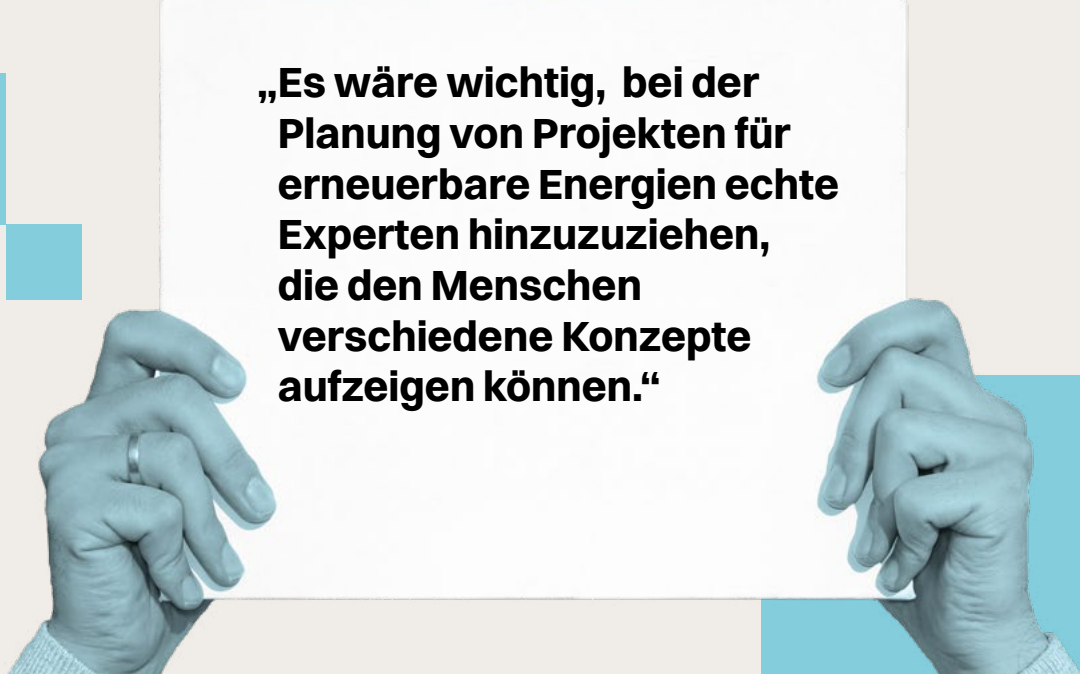
Wer Mitglied wird, beteiligt sich aktiv an der Energieproduktion – nicht nur als Stromkunde, sondern als Mitgestalter. Entscheidungen werden demokratisch getroffen, unabhängig davon, wie viel Kapital jemand eingebracht hat. Dieses Prinzip verbindet wirtschaftliche Vernunft mit regionaler Verantwortung.

Bürgerenergie kann damit zwei Dinge gleichzeitig leisten: Sie stärkt die lokale Identität und schafft wirtschaftliche Stabilität. Gewinne fließen nicht anonym ab, sondern bleiben in der Region – sei es über Ausschüttungen, Beteiligungsangebote oder neue Investitionen.

Kurz gesagt:

Natürlich ersetzt eine Genossenschaft nicht jede andere Finanzierungsform. Aber sie zeigt: Energiewende muss kein alleiniges Projekt „der Industrie“ sein. Sie kann auch ein Gemeinschaftsprojekt sein. Wo Menschen gemeinsam investieren, entsteht nicht nur Strom – sondern Vertrauen.





„Es wäre wichtig, bei der Planung von Projekten für erneuerbare Energien echte Experten hinzuzuziehen, die den Menschen verschiedene Konzepte aufzeigen können.“

Fakten

- **Fachliche Prüfung:** Erneuerbare-Energie-Projekte durchlaufen technische, ökologische und rechtliche Prüfungen (u. a. Gutachten, Umweltprüfung, Artenschutz).
- **Variantenprüfung:** Standort-, Abstands- und Gestaltungskonzepte können verglichen und angepasst werden.
- **Beteiligung:** Bauleitplanung schreibt öffentliche Auslegung, Anhörungen und Stellungnahmen verbindlich vor (BauGB).

Quellen: BauGB; je nach Vorhaben BImSchG/UVF-Rahmen

Werte

- **Sachlichkeit** statt Spekulation
- **Transparenz** statt Hinterzimmerpolitik
- **Mündige Entscheidungen** auf Grundlage des Standes der Wissenschaft und Technik

Expertise Kommunikationshilfe

Der Wunsch nach „echten Experten“ ist ein starkes Signal: Menschen wollen verstehen, bevor sie urteilen. Genau dafür sind Planungs- und Genehmigungsverfahren geschaffen. Sie basieren nicht auf Meinungen, sondern auf Fachprüfungen – etwa zu Schall, Natur, Artenschutz, Landschaftsbild und Netzintegration.

Aus der Formulierung geht zudem hervor, dass nicht alle Experten auch als authentisch gewertet werden. Sie sollen nicht nur kompetent, sondern auch unabhängig auftreten können, was Transparenz über ihre Rolle und Hintergründe voraussetzt.

Unabhängige Fachleute können erklären, was technisch möglich ist, welche Auswirkungen realistisch zu erwarten sind – und welche nicht. Sie zeigen Alternativen auf: andere Standorte, andere Abstände, andere Gestaltungs- und Begrünlungslösungen. Gute Planung bedeutet nicht, eine Lösung durchzusetzen, sondern Optionen transparent zu vergleichen.

Beteiligung heißt mehr als Information. Sie bedeutet, Fragen ernst zu nehmen, Optionen offen zu diskutieren und Entscheidungen nachvollziehbar zu begründen. Wer versteht, kann abwägen – und lehnt nicht aus Unsicherheit heraus ab.

Kurz gesagt:

Erneuerbare Projekte sind keine Glaubensfrage, sondern Infrastruktur. Und Infrastruktur gehört in ein transparentes Verfahren mit nachvollziehbarer Expertise. Wissen ersetzt keine politische Entscheidung – aber es macht sie tragfähig.



